



Landtags-Infoblatt

„Aufwachen, Frau Kampus!“

KPÖ-Aktion vor dem Landhaus: 51.000 steirische Kinder von Armut betroffen – Landespolitik hat viel dazu beigetragen



2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 2017 waren es bereits 51.000. Das ist jedes fünfte steirische Kind.

Die KPÖ hat die zuständige Landesrätin Kampus (SPÖ) vor der Landtagssitzung am 23. Oktober mit Weckern an ihre Verantwortung als Soziallandesrätin erinnert. Die KPÖ brachte auch mehrere Anträge zur Bekämpfung von Armut ein.

Der neue Armutsbericht des Landes Steiermark enthält schockierende Zahlen: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Anzahl armer und armutsgefährdeter Menschen trotz stark gesunkener Arbeitslosigkeit massiv zu. Das hat viel mit der Politik der Landesregierung zu tun, betont **Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag**. In ihrer Wortmeldung hielt die KPÖ-Abgeordnete den Regierungsparteien eindringlich vor Augen, was Kinderarmut bedeutet. Nach einem solchen Bericht darf man nicht zur Tagesordnung übergehen, so Klimt-Weithaler.

2011 waren 126.000 Steirerinnen und Steirer von Armut bedroht, 2017 bereits **190.000 Personen**. Diese Entwicklung ist kein Zufall: Im gleichen Zeitraum wurden seitens der Landesregierung viele Sozialleistungen abgeschafft oder eingeschränkt (u.a. durch die Wohnunterstützung, die wesentlich weniger Personen beziehen als die Wohnbeihilfe; Senkung der Mindestsicherung bei Kindern; Streichung der Sozial- und Lernbetreuung; Abschaffung des Kinderzuschusses für Familien mit kleinen Einkommen), während Teilzeitbeschäftigung und atypische Beschäftigungsverhältnisse zunehmen. Die mittleren und un-



teren Einkommen sinken, gemessen an der Kaufkraft, seit vielen Jahren.

Claudia Klimt-Weithaler: „Wenn in der Steiermark 190.000 Menschen, darunter 51.000 Kinder und Jugendliche, an oder unter der Armutsgrenze leben, hat das System versagt. Wir brauchen eine Absicherung für Kinder statt Sonntagsreden und Eigenlob der Landesregierung.“

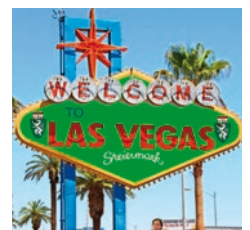
Besonders hervorgehoben wird im Bericht der Zusammenhang zwischen Armut und hohen Wohnkosten. Ohne eine Offen-

sive beim öffentlichen Wohnbau und ohne eine Bremse bei Mieten und Betriebskosten, in Österreich die mit Abstand größten Preistreiber, wird sich die soziale Situation noch weiter verschärfen. Die KPÖ brachte mehrere Anträge zur Armutsbekämpfung ein, darunter eine Grundsicherung für Kinder, die Verhinderung von Energieabschaltungen in privaten Haushalten in der kalten Jahreszeit, die Verbesserung des Heizkostenzuschusses und eine jährliche Wertanpassung der Familienleistungen. Sie alle wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Glücksspiel: Steuerprivilegien für Automaten

2017 wurde in der Steiermark der Bereich der Sportwetten gesetzlich neu geregelt. Vieles wurde strenger, Livewetten wurden – mit wenigen Ausnahmen – verboten. Im Gegenzug wurden allerdings die Abgaben auf Automaten (Wetterterminals) von SPÖ, ÖVP und FPÖ um 85 Prozent gesenkt. Eine neue Automatenflut wie in Wien könnte die Folge sein. Die

KPÖ brachte daher den Antrag ein, die Abgabe wieder auf das alte Niveau anzuheben.



Mindestlohn: SPÖ stimmt wieder gegen ihre eigene Forderung

1.700 Euro brutto als Mindestlohn bei Normalarbeitszeit – diese Forderung erhob die steirische SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus in den vergangenen Tagen mehrfach. Der aktuelle Armutsbericht des Landes zeigt nämlich, dass die Zahl armutsgefährdeter Personen in der Steiermark trotz gesunkener Arbeitslosigkeit stark ansteigend ist.



KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Die KPÖ hat die SPÖ-Politikerin beim Wort genommen und den Antrag gestellt, der Landtag solle sich bei der Bundesregierung für einen solchen Mindestlohn einsetzen. Wie bereits in der Frage des 12-Stunden-Tags im Juli konnte die SPÖ allerdings bei ihrem Koalitionspartner kein Verständnis für ihr Anliegen gewinnen. Gemeinsam mit ÖVP und FPÖ lehnte die SPÖ den Antrag der KPÖ schließlich ab.

Der KPÖ-Antrag im Wortlaut: *„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein Konzept zur Umsetzung eines flächendeckenden, allgemeinen und wertgesicherten Mindestlohns in Höhe von 1.700 Euro brutto pro Monat bei Normalarbeitszeit auszuarbeiten und*

dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Die SPÖ brachte stattdessen einen eigenen Antrag ein, in dem die eigene Forderung bis zur Unkenntlichkeit abgeschwächt wurde: *„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Sozialpartnerschaft in ihrem Bemühen zur Umsetzung eines kollektivvertraglich gesicherten Mindestlohns zu unterstützen.“*

KPÖ-LAbg. Werner Murgg appellierte an Landesrätin Kampus und die SPÖ, sich nicht wieder durchzuschummeln: *„Das Lohnniveau in vielen steirischen Regionen ist sehr unbefriedigend. Trotzdem haben Sie nicht den Mumm, deutlich zu sagen: Bitte liebe Bundesregierung, wir fordern einen Mindestlohn von brutto 1700 Euro. Wer soll die Ankündigungen der SPÖ noch ernst nehmen, wenn Sie sich so verhalten?“*

„Brauchen mehr Kassenstellen statt Mehrklassenmedizin!“

Starke Zunahme von Wahlärzten höhlt solidarisches Gesundheitssystem aus

Im Zeitraum von 2010 bis 2017 stiegen die Ausgaben der Krankenkassen für Wahlärzte um 48 Prozent. Bei der Wiener GKK liegt der Wert sogar bei 87,3 Prozent. Für die KPÖ ist das ein deutliches Zeichen, dass es viel zu wenige ÄrztInnen mit Kassenvertrag gibt.

Ohne Wahlärzte wäre eine flächendeckende Versorgung nicht möglich. Mehr als zwei Drittel der Fachärzte sind Wahlärzte, Tendenz steigend. Meist sind die Wartezeiten kürzer und für das Gespräch mit den PatientInnen bleibt mehr Zeit. Allerdings kann es sich nicht jeder leisten, das Geld vorzustrecken bzw. einen großen Teil der Behandlungskosten aus eigener Tasche zu tragen. *„Statt immer mehr Wahlarztpraxen müssen ausreichend Kassenstellen geschaffen werden. Die derzeitige Entwicklung höhlt das solidarische Gesundheitssystem aus. Wir dürfen nicht zusehen, wie das Gesundheitssystem immer stärker in Richtung Minimalversorgung für die Mehrheit und hohe Qualität nur für Menschen mit dicker Geldbörse umgebaut wird. Wir brauchen mehr Kassenstellen statt Mehrklassenmedizin!“*, warnt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Lifte: Schockierende Kostenfalle durch Landesgesetz – über 2000 Häuser betroffen

Seit 2015 hat die Steiermark ein neues Gesetz, das Liftanlagen im privaten und gewerblichen Bereich regelt. Trotz gegenteiliger Beteuerungen ergeben sich daraus für manche Wohnhäuser so teure Nachrüstungen, dass Betroffene in ihrer Existenz bedroht sind. Die KPÖ fordert ein rasches Eingreifen von Landesregierung und Landtag, um die Regelung zu entschärfen.

Der Schwerpunkt des Hebeanlagengesetzes (StHebAG) liegt bei sicherheitstechnischen Prüfungen und Nachrüstungen für bestehende Aufzüge. Nun sind die ersten Anlagen in der Steiermark einer Sicherheitsprüfung unterzogen worden. Das Ergebnis ist für die BewohnerInnen der betroffenen Häuser schockierend: Obwohl die Liftanlagen – zu nicht unerheblichen Wartungskosten von etwa 8.000 Euro jährlich pro Lift – immer gewartet und durch den TÜV „gut“ befunden wurden, fallen Kosten an, die in den Erläuterungen zum Gesetz genannte Kostenobergrenze von 35.000,- Euro bei weitem überschreiten. In einem der KPÖ bekannten Fall muss ein Lift aufgrund der gesetzlichen Vorgaben erneuert werden. Weil dafür auch die Niederspannungsanlage komplett ausgetauscht werden muss, müssen alle

Wohnungen und Sicherungskästen mit Brandschutztüren ausgestattet werden. So summieren sich die Kosten auf 225.000 Euro –. Für mehrere Parteien im Haus würde das den Ruin bedeuten.

In Graz wurden für einige Anlagen Kostenvoranschläge von bis zu 80.000 Euro pro Lift vorgelegt. Betroffen sind besonders Häuser, die vor mehr als 40 Jahren gebaut wurden. Gerade in diesen Häusern leben naturgemäß meist ältere Menschen, die über kein hohes Einkommen verfügen. Noch dazu sind bei diesen Gebäuden wegen anderer Sanierungsmaßnahmen die Rücklagen aufgebraucht. Werden die Fristen für die Nachrüstungen nicht eingehalten, muss die Behörde den Betrieb untersagen. Für die teils betagten BewohnerInnen wäre die Stilllegung der Lifte in mehrstöckigen Häusern und Hochhäusern unzumutbar.

Viele Angaben, die in den Materialien zum Gesetzesentwurf gemacht wurden, entsprechen offenkundig nicht der Realität. Daher ist es dringend geboten, dass der Landtag Änderungen beschließt. Rechtlich ist dies ohne weiteres möglich, die zugrundeliegende „Norm“ (95/216/EG) ist nämlich nur eine unverbindliche Empfehlung aus dem Jahr 1995, kein zwingendes EU-Recht.

Wie viele Steirerinnen und Steirer betroffen sein werden, lässt sich erahnen: In der Steiermark sind 534 Aufzüge aufgrund der neuen Bestimmungen umfassend zu sanieren. Weitere 500-600 Aufzüge seien einer Teilsanierung zu unterziehen. Da die Gesamtanzahl der Anlagen bei insgesamt ca. 2400 Anlagen liegt, müssten also fast die Hälfte aller privaten Liftanlagen in den nächsten Jahren umfassend saniert werden!

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Von diesem Gesetz sind mehrere tausend Steirerinnen und Steirer betroffen. Viele werden mit sehr hohen Kosten konfrontiert sein, obwohl die Lifte immer korrekt gewartet wurden. Das Problem muss schnell behoben werden, außerdem haben wir vorgeschlagen, Betroffene mit Förderungen zu unterstützen. Andernfalls werden nicht wenige gezwungen sein, ihre Wohnung zu verkaufen.“*

In einer Befragung von Landesrat Anton Lang (SPÖ) durch KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am 18. September 2018 verneinte dieser, dass eine Hilfeleistung durch das Land geplant sei, wie sie z.B. in Wien existiert. Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass es für die Betroffenen Hilfeleistungen des Landes gibt.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsart: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Volksanwaltschaft bestätigt: Kinder- und Jugendhilfe muss ausgebaut werden

Dem steirischen Landtag lag am 14. September der Bericht der Volksanwaltschaft über die Jahre 2016 und 2017 vor. Darin werden auf 90 Seiten viele Mängel und Probleme angesprochen, die in vielen Fällen die langjährige Kritik der KPÖ bestätigen. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurde ein massiver Nachholbedarf festgestellt. Ein KPÖ-Antrag, Verbesserungen in diesem Bereich Vorrang zu geben, wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Die Volksanwaltschaft kritisiert, dass es in der Altersgruppe bis zehn Jahre keine Unterbringung

in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft mit höherem Betreuungsschlüssel und kleinerer Gruppengröße gibt. Viele der untergebrachten Kinder im Volksschulalter würden aufgrund ihrer Traumatisierungen mehr Betreuung benötigen, als ihnen in einer Gruppe mit 13 Kindern geboten werden kann. Durch das fehlende Angebot für Kinder unter 10 muss die Kinder- und Jugendhilfe in andere Bundesländer ausweichen.

Die KPÖ beantragte, im Sinne des Berichts der Volksanwaltschaft in

sozialpädagogischen Einrichtungen die Gruppengrößen abzusenken und den Personalschlüssel anzuheben, für Kinder unter 10 mit speziellem Betreuungsbedarf (Traumatisierung, Gewalterfahrung, Eigen- oder Fremdgefährdung) ein ausreichendes Ausmaß an speziellen Betreuungsplätzen zu schaffen und den Ausbildungsstand in den Einrichtungen zu erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil SPÖ und ÖVP dagegen stimmten. Grüne und FPÖ stimmten zu.

„Drastische Gebührenerhöhung nach Gemeindezusammenlegung“

Dass es nach den bis 2015 erfolgten Zwangsfusionen steirischer Gemeinden in vielen Fällen zu Leistungseinschränkungen und Teuerungen für viele Steirerinnen und Steirer gekommen ist, wurde von Seiten der Landesregierung immer vehement bestritten. Die Volksanwaltschaft weist nun nach, dass die Warnungen der KPÖ zutreffend waren. In einem der vorliegenden Fälle musste ein Südsteirer um 169 % mehr Kanalgebühr bezahlen.

Krankenkassen: Mehrheit im Landtag lehnt Garantien gegen Verschlechterungen ab

ÖVP, FPÖ und SPÖ verweigern im Landtag Festlegung gegen neue Selbstbehalte und Leistungskürzungen – KPÖ-Antrag niedergestimmt

Die „Kassenreform“ ist eines der großen Projekte der österreichischen Bundesregierung. Sämtliche Gebietskrankenkassen werden künftig in Wien zentralisiert. Dadurch sollen angeblich hunderte Millionen eingespart werden. Der Rechnungshof hat das bereits als Schwindel entlarvt und warnt vor Mehrkosten.

Die KPÖ warnt davor, dass die Kassenfusionen als Vorwand dafür dienen, bundesweit bei der Gesundheitsversorgung zu sparen. Gleichzeitig sollen private Anbieter künftig stärker mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Auch die Einführung von neuen Selbstbehalten steht im Raum, da offen ist, wie die hohen Kosten der Systemumstellung finanziert werden sollen.

Die KPÖ hat deshalb in der Landtagssitzung am 23. Oktober einen Antrag eingebracht, der Landtag solle sich für eine Garantie der Bundesregierung einsetzen, dass es durch die so genannte Kassenreform „für die Versicherten zu keinen Verschlechterungen im Hinblick auf eine potenzielle Erhöhung von Beiträgen für unself-

ständig Beschäftigte, die etwaige Einführung von Selbstbehalten für bisher nicht Betroffene sowie die Einschränkung von Leistungen für Versicherte kommt.“ Das lehnten ÖVP und FPÖ, aber auch die regierungstreue steirische SPÖ ab. Stattdessen wurde die schwammige Formulierung „Der Landtag Steiermark spricht sich dafür aus, dass die bisherige, ausgezeichnete Versorgung für Versicherte der Sozialversicherungsträger – unabhängig von der Bewertung der strukturellen Maßnahmen – jedenfalls aufrechterhalten und weiterhin gewährleistet wird“ beschlossen.

LAbg. Werner Murgg: „Beim Stimmverhalten heute im Landtag sollten bei jedem die Alarnglocken läuten. Neben einer politischen Umfärbung der Sozialversicherung geht es offenbar nicht um Verbesserungen in der Verwaltung, wie uns Kurz und Strache vorbeten. Die von SPÖ und ÖVP gewählte Formulierung schließt weder neue Selbstbehalte noch weitere Beitragserhöhungen aus. Die Steiermark hat die Chance verpasst, ein klares Signal an die Bundesregierung zu senden.“

Am 16. Oktober wurden die Ergebnisse einer oberösterreichischen Studie bekannt, in der die Folgen der Zentralisierung der Krankenkassen in Wien unter-

sucht wurden. Die Autoren sprechen von 7.000 bis 13.900 Arbeitsplätzen, die alleine in Oberösterreich verloren gehen. Gleichzeitig fließen jährlich 347 und 610 Millionen Euro aus der Wirtschaft ab. Das thematisierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg in einer Dringlichen Anfrage an Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP). Der KPÖ-Abgeordnete wollte wissen, mit welchen Folgen die Steiermark zu rechnen hat, wenn die Krankenkassen nach Wien abwandern. In seiner Beantwortung verwies der Landeshauptmann lediglich darauf, dass er der Bundesregierung blind vertraue und deshalb mit keinen negativen Auswirkungen rechne.



Retten wir unser Gesundheitssystem: Die Broschüre ist als PDF unter <https://tinyurl.com/Gesundheit-KPOE> online abrufbar. Bestellung im Landtagsklub der KPÖ, Herrengasse 16, 8010 Graz, Tel. 0316/877-5104 bzw. unter ltk-kpoe@stmk.gv.at

Wohnunterstützung: Schikane sorgt für lange Verzögerung

Trotz zahlreicher Reparaturen wird die steirische Wohnunterstützung, die die Wohnbeihilfe ersetzt hat, noch immer von zahlreichen Pannen begleitet. Ein offenes Problem ist, dass einige Betroffene ohne eigenes Verschulden die Unterstützung erst mit monatelanger Verspätung beziehen können. **Die KPÖ drängt deshalb auf eine Änderung des Gesetzes. Das wurde im zuständigen Ausschuss des Landtags mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.**

Bis vor kurzem wurde die Wohnbeihilfe ab dem Tag der Antragstellung gewährt und später rückwirkend nachgezahlt, nachdem die Bearbeitung abgeschlossen war. Jetzt wird die Wohnunterstützung erst ab dem Zeitpunkt ausbezahlt, an dem der Behörde alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Das ist aber nach einem Wohnungswechsel selten ohne lange Verzögerungen möglich, ohne dass Mieterinnen und Mieter etwas daran ändern können. Der minimalen Einsparung im Ressort von Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) stehen massive Probleme für Betroffene gegenüber.

Verlangt werden unter anderem der Mietvertrag sowie ein Einkommensnachweis. Es ist nicht zu akzeptieren, dass gerade bei der Wohnunterstützung vom sonst üblichen Grundsatz abgegangen wird, dass das Datum der Antragstellung für die Bearbeitung und Gewährung der Leistung ausschlaggebend ist.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler brachte deshalb den Antrag ein, den Bezug wie früher zu regeln: „Solange es nicht ausreichend erschwinglichen Wohnraum in unserem Bundesland gibt, ist die Wohnunterstützung eine unverzichtbare Hilfe für viele Menschen mit geringen Einkommen. Gerade diese Personen können in eine Notlage geraten, wenn sie wochen- oder monatelang keine Beihilfe beziehen. Die geltende Regelung ist unfair, weil die Betroffenen oft nichts dafür können, wenn sie die Unterlagen nicht sofort vorlegen können.“

Heizkostenzuschuss wird nicht erhöht
Beim Heizkostenzuschuss, der im Herbst gewährt wird, wollte die KPÖ eine lange überfällige Erhöhung er-

reichen. Das wurde dadurch verhindert, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen haben, dazu eine Stellungnahme von Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) einzuholen. Durch den Fristenlauf wird es deshalb in diesem Jahr zu keiner Erhöhung mehr kommen, bedauert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Sozialcard erneut verschoben

Erneut auf die lange Bank geschoben wurde der Antrag der KPÖ, eine Sozialcard für die Steiermark einzuführen. Diese soll Personen mit geringem Einkommen unbürokratisch den kostenlosen oder ermäßigten Eintritt zu öffentlichen und öffentlich subventionierten Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen berechti-

gen, eine ermäßigte Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ermöglichen und zur unbürokratische Inanspruchnahme von Zuschüssen, Beihilfen und staatlicher Transferleistungen berechnen.

Klimt-Weithaler: „Vor jeder Wahl wird die Einführung der Sozialcard in Aussicht gestellt, danach will die Regierung nichts mehr davon wissen. In vielen steiri-

schen Städten hat sich die Sozialcard bewährt. Wir werden weiter Überzeugungsarbeit leisten, damit Menschen mit wenig Geld besser am Freizeit- und Kulturangebot teilhaben können.“



KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler

1918 KPÖ 2018

Ein knallrotes Fest zum 100. Geburtstag

ATTWENGER
TRIESTINER PARTISANENCHOR
ERICH HACKL • KURT PALM
ADRIANA CELENTANA & TOP*S
GESCHICHTEN IM ERNST • ERNEST KALTENEGER
FRANZ PARTEDER • CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

17. NOVEMBER • 14 UHR
Volkshaus Graz
(Lagergasse 98a)

Freier Eintritt bis 19:30 Uhr!
Danach 10€ Eintritt.

Einlass: 13 Uhr

